



# Standpunkte SVP Nidau

Stadtrat-Sitzung, 19. November 2020

Beschlüsse der Fraktionssitzung

Nidau, 16. November 2020

## Einleitung

Am 19. November 2020 findet die dritte Stadtrat-Sitzung des Jahres statt. Die SVP wird folgende Vorstösse einreichen:

- Interpellation Einbürgerungskriterien und Handlungsspielraum für Nidau (Roland Rutishauser)
- Interpellation Tag des Lichts und Folgekontrollen (Oliver Grob)
- Interpellation Verkehrssituation Hauptstrasse bei Events (Oliver Grob)
- Postulat Islamismus in Nidau - Situationsbericht und Massnahmenkatalog (Oliver Grob)

## Traktanden Stadtrat-Sitzung 19.11.2020

|    | Traktandum   | GR | SVP | Sprecher |
|----|--|----|-----|----------|
| 1  | Protokoll der 1. Sitzung vom 19. November 2020                         | A  | A   | -        |
| 2  | Ratsbüro für das Jahr 2021 - Wahlen                                    |    |     | -        |
| 3  | Geschäftsprüfungskommission - Ersatzwahl                               | A  | A   | -        |
| 4  | Finanzplan 2020 - 2025 - Kenntnisnahme                                 | K  | K   | -        |
| 5  | Budget 2021 - Genehmigung  | A  | (A) | Oli      |
| 6  | Energieverbund Bielersee AG - Beteiligung                              | A  | A   | Markus   |
| 7  | Schlossstrasse 15 - Teilsanierung                                      | A  | A   | Roland   |
| 8  | Schlossstrasse 13 - Teilsanierung                                      | A  | A   | Roland   |
| 9  | Schulgasse 2, energetische Sanierung inklusive Dachausbau - Inv.kredit | A  | A   | Uschi    |
| 10 | Parkplatz Strandbad, Sanierung - Investitionskredit                    | A  | A   | Roland   |
| 11 | Mehrwertabgabe - Reglement   | A  | Abl | Leander  |
| 12 | Polizeireglement der Stadt Nidau - Totalrevision                       | A  | (A) | Roland   |
| 13 | Fahrende auf dem Expo Areal - Berichterstattung                        | K  | K   | Markus   |
| 14 | Abschreibungen und Fristverlängerung von Vorstössen - Sammelantrag     | A  | A   | -        |
| 15 | Einfache Anfragen - Beantwortungen                                     | K  | K   | -        |

A = Annahme, (A) = Annahme bedingt, Abl. = Ablehnung, K = Kenntnisnahme

**Beschluss der Fraktion: Wird Traktandum 11 (Mehrwertabgabe-Reglement) angenommen, wird die SVP wahrscheinlich zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien das Referendum ergreifen.**

## 01 Genehmigung Protokoll Nr. 2 vom 19. September 2020

Einstimmige Zustimmung

## 02 Ratsbüro für das Jahr 2021 - Wahlen

Es werden gewählt:

Statratspräsident: Markus Baumann (SVP)

1. Vizepräsidentin: Noemi Kallen (SP)

2. Vizepräsidentin: Pauline Pauli (PRR)

Stimmzähler: Bettina Bongard (SP) und Thomas Spycher (FDP)

## 03 Geschäftsprüfungskommission - Ersatzwahl

Wegen dem Rücktritt von Joel Hauser (EVP) wird eine Ersatzwahl vorgenommen. EVP/Grüne werden wahrscheinlich Esther Kast nominieren, die dann ihren Sitz in der EBK abgeben wird. Es wird gewählt: Esther Kast (Grüne)

## 04 Finanzplan 2020 - 2025 - Kenntnisnahme

Der Gemeinderat präsentiert ein reich befruchtetes Investitionsprogramm von 74.5 Mio. CHF, davon 65 Mio. CHF im ordentlichen Steuerhaushalt. Exkl. Schulhaus Beunden sind dies immer noch 43 Mio. CHF über die nächsten 5 Jahre, was nicht finanzierbar ist. Im Investitionsprogramm sind jedoch auch viele Projekte enthalten, die höchstwahrscheinlich nicht realisiert werden müssen, wie etwa die Schulraum-Provisorien. Dennoch ist zu erwarten, dass sich Nidau in den kommenden Jahren signifikant neu verschulden wird.

In der ER ist mit einem verkleinerten Handlungsspielraum zu rechnen, einerseits wegen tieferen Steuereinnahmen (Covid!), andererseits wegen höheren Ausgaben (FILAG, insb. öffentlicher Verkehr und Sozialhilfe).

**Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.**

## 05 Budget 2021 - Genehmigung

**Oliver Grob**

Die SVP warnt seit Jahren vor einem verringerten Handlungsspielraum und ein solcher ist im letzten Rechnungsabschluss nun auch effektiv erkennbar. Für das laufende Jahr können wir womöglich erneut mit einem kleinen Gewinn rechnen, doch in den kommenden Jahren sind die Aussichten in der Tat düster. Uns bereitet insbesondere auch die Finanzierung der enorm hohen Investitionen Sorge. Gemäss Finanzplan droht eine Neuverschuldung von rund 76 Mio. CHF, was zu einer Totalverschuldung von fast 100 Mio. CHF führt, das zweifache unseres Jahresumsatzes. Entsprechend drohen auch die Fremdkapitalzinsen auf 1 Mio. CHF jährlich anzusteigen, was unseren Handlungsspielraum um über einen weiteren Steuerzehntel verringert. Und dennoch finden wir fast 2.2 Mio. CHF im Investitionsplan, der für die völlig überbeuerte "Verkehrsberuhigung" oder 340'000 CHF für die absolut unnötige Umgestaltung des Hofs bei der Verwaltung verpulvert werden sollen. Von den zahlreichen Stellenerhöhungen und Mehrausgaben, wie wir sie auch in dieser Stadtratssitzung beraten werden, sprechen wir noch nicht einmal. Mit einem Defizit von fast 4.5 Mio. CHF im Steuer-

haushalt wird auch unsere schon fast traditionelle Besserstellung in der Jahresrechnung von rund 3 Mio. CHF nichts an einem effektiven Defizit ändern können.

Der Gemeinderat nimmt dies nicht nur schulterzuckend in Kauf sondern gelangt nun seit einiger Zeit immer und immer wieder mit Geschäften in den Stadtrat, die erhebliche Mehrkosten verursachen. Fairerweise muss man auch sagen, dass diese Geschäfte teils aus Vorstössen stammen, welche die linke Mehrheit angenommen hat. Wir warnen seit Jahren vergeblich, dass auf diese Art und Weise nicht langfristig und nachhaltig weiter "gemisswirtschaftet" werden darf.

**Antrag Bürgerliche: Liegenschaftssteuer von 1.5 auf 1.4 Promille senken.  
Sofern die Senkung der Liegenschaftssteuern abgelehnt wird, lehnt die SVP aus Protest das Budget 2021 ab.**

## 06 Energieverbund Bielersee AG - Beteiligung

**Markus Baumann**

Die SVP ist erfreut, dass der Gemeinderat die überparteilich eingereichte und unterstützte Motion erfüllt und die Grundlagen für eine Entscheidung geschaffen hat. Wir haben nun die Wahl, 3 Mio. CHF in die AG zu investieren und dadurch dieses wegweisende, politisch unbestrittene Projekt auch finanziell mitzutragen, ohne jedoch die Hauptrisiken zu tragen oder die Projektleitung stemmen zu müssen. Zu einem späteren Zeitpunkt steht es der Stadt Nidau auch frei, den Anteil zu erhöhen oder zu reduzieren, das investierte Geld ist also keineswegs verloren. Da der Betrieb der Anlage selbst unter konservativen Annahmen eine Rendite generiert, ist die Investition für die SVP vertretbar. Auch wenn man andere Fernwärmenetze heranzieht, so zeigt sich dass das operative Business (Verkauf von Wärme und Kälte) sehr rentabel ist und mit praktisch jeder Erweiterung des Netzes die sehr hohen Grundinvestitionen in die Zentralen rascher amortisiert werden. Wenn man in Betracht zieht, dass auch das Nidauer Fernwärmenetz ein beachtliches Ausbaupotential hat, wächst entsprechend auch das Potential für höhere Dividenden, sprich Gewinne für die Stadt Nidau. Allerdings müssen wir uns dafür wohl relativ lange gedulden, auch weil der Zeitpunkt für den Anschluss von Grosskunden wie etwa dem Campus noch unsicher sind.

Wie der Gemeinderat richtig feststellt, ist dies auf absehbare Zeit aber kein Geschäft um grosse Gewinne einzufahren sondern um Einflussmöglichkeiten innerhalb der AG zu erhalten, etwa was die Preispolitik betrifft und um einen partnerschaftlichen Betrieb des Netzes zusammen mit dem ESB und womöglich weiteren Partnern wie der Burgergemeinde Nidau sicherzustellen, sprich, die Interessen der Nidauer zu vertreten.

**Die SVP stimmt der Vorlage zu.**

## 07 Schlosstrasse 15 - Teilsanierung

**Roland Rutishauser**

Beim Kauf der Alpha-Liegenschaften war die SVP sehr skeptisch, ob künftig eine sinnvolle Nutzung sichergestellt werden kann. Es zeichnete sich schon damals ab, dass Mieter bald ausziehen könnten und dass die Liegenschaften einen erheblichen Sanierungsbedarf haben. Wir sind erfreut, dass der Gemeinderat nun mit diesem und dem nächsten Traktandum eine erfreuliche Lösung gefunden hat. Mit den Installationen des Seewasserwerks in Teilen der Liegenschaft 15 kann eine sinnvolle und vor allem sehr langfristige Nutzung sichergestellt werden. Die Sanierung scheint vernünftig und aufgrund der gesicherten Einnahmen kann die **Investition von 650'000 CHF** auch innerhalb vertretbarer Frist amortisiert werden. Die Stadt Nidau erhält dadurch auch Gestaltungsmöglichkeiten zusammen mit dem Partner ESB. Unter diesen Umständen ist nun rückblickend auch der Kauf der Liegenschaften vor ein paar Jahren vertretbar.

**Die SVP stimmt der Vorlage zu.**

## 08 Schlosstrasse 13 - Teilsanierung

**Roland Rutishauser**

Wie bei dem vorherigen Traktandum, so nehmen wir auch hier die positive Entwicklung zur Kenntnis. Auch hier amortisieren sich die **Investitionen von 990'000 CHF** innerhalb einer akzeptablen Zeitdauer, wobei auch festgestellt werden muss, dass diese Mieteinnahmen noch nicht gesichert sind. Allerdings sei das Interesse relativ gross und es gibt bereits Wartelisten, weshalb heute angenommen werden kann, dass die Liegenschaft gut und vielleicht sogar voll vermietet werden kann. Aus diesen Gründen ist für uns auch diese Sanierung vertretbar.

**Die SVP stimmt der Vorlage zu.**

## 09 Schulgasse 2, energetische Sanierung inklusive Dachausbau - Inv.kredit

**Ursula Wingeyer**

Der Platz in der Verwaltung wurde in den vergangenen Jahren knapp und Teile der Verwaltung, wie etwa der Grossteil der Sozialen Dienste, musste bereits in eine andere Liegenschaft ausgelagert werden. Anstatt teuer neue Räume dazu zu mieten oder etwa sogar neu zu bauen oder zu kaufen ist es auch finanziell sinnvoller, bestehende Räume besser zu nutzen. Der Ausbau des Dachstocks ist in dieser Hinsicht zu befürworten. Durch die energetischen Sanierungen am Rest des Gebäude erhoffen wir uns dann auch Einsparungen im Betrieb und Unterhalt.

**Die SVP stimmt der Vorlage zu.**

## 10 Parkplatz Strandbad, Sanierung - Investitionskredit

**Roland Rutishauser**

Der Parkplatz beim Nidauer Strandbad ist in der Tat schon seit Jahren in einem schlechten Zustand. Handelt es sich hier um ein äusserst dringendes Projekt? Nein. Dennoch haben wir mit der Realisierung die Gelegenheit, die Problematik des Abwassers zu lösen. Da wir kürzlich die Sanierung des Pumpwerks beschlossen haben, macht es aus unserer Sicht Sinn, das Problem nun anzugehen und bei dieser Gelegenheit auch den Parkplatz zu sanieren.

Wir sind erfreut, dass der Gemeinderat auch eine Zufahrtsschranke für Wohnwagen eingeplant hat und dadurch illegale Besetzungen durch Fahrende baulich wirksam und kostengünstig (für 8'616 CHF) unterbindet. Etwas, das beim Expopark-Areal gemäss der Stadt Biel unmöglich scheint (siehe Traktandum 13).

**Die SVP stimmt der Vorlage zu.**

**EVP/Grüne stellen einen Rückweisungsantrag, damit auch die Altlasten saniert werden - Die SVP lehnt diesen ab.**

## 11 Mehrwertabgabe - Reglement

**Leander Gabathuler**

Die SVP ist erstaunt, mit welcher Selbstverständlichkeit der Gemeinderat vom Stadtrat mit dieser Vorlage ein erneut massiver Ausbau der Ausgaben erwartet. Das vorliegende Reglement entspringt der angenommenen Motion von Mike Kramer und bei dessen Beratung war wohl vielen Unterstützern nicht klar, wie teuer und kompliziert die Umsetzung wäre. Gemäss dem Gemeinderat wissen wir nun, dass rund **500 Parzellen** vom MAR betroffen wären. Sie alle müssten neu eingeschätzt werden und die Kosten belaufen sich auf 2'000 CHF bis 5'000 CHF pro Parzelle, total also **1 bis 2.5 Mio CHF!** Zwar ist noch unklar, wie gross der Aufwand dann wirklich ist, jedoch ist auch davon auszugehen dass gegen die definitiven Bewertungen eine Beschwerdewelle eingehen wird. Das **30% Pensum** (ob intern oder extern verwaltet spielt für die Kosten eine beschränkte Rolle) ist daher noch ziemlich konservativ berechnet. Uns würde es nicht überraschen, wenn auch diese Kosten dann nach ein paar Jahren noch höher ausfallen. Unter dem Strich resultieren Millionen-Kosten im ordentlichen Steuerhaushalt für die Gemeinde und noch unklare Einnahmen in der neuen Spezialfinanzierung.

Das MAR hat zudem zwei negative Konsequenzen, die explizit den Kernanliegen der Ratslinken diametral widersprechen:

- Erstens: Wenn Projekte nach Um/Aufzonungen neu mit einer 20% Abgabe belegt werden, verteuern sich die Projekte logischerweise um diesen Betrag. Entsprechend werden diese Kosten dann wohl auch den Mietern weiter verrechnet, was **steigende Mieten** zur Folge hat. Und mit den Einnahmen aus dem MAR sollen auf der anderen Seite bezahlbarer Wohnraum gefördert werden. Es gibt einen Begriff für dieses System, es nennt sich **sozialistische Planwirtschaft**, die erwiesenermassen nicht funktioniert.
- Zweitens: Gerade grössere Projekte von über 100'000 CHF wären vom MAR betroffen, die einen wichtigen Beitrag zur **baulichen Verdichtung** leisten könnten. Die finanziellen Anreize werden also so gesetzt, dass eine bauliche Verdichtung finanziell weniger attraktiv wird. Das kann ja nicht das Ziel der Raumplanung für unsere Gemeinde sein, die mit wenigen Ausnahmen völlig zugebaut ist?

**Liebe Kollegen, ihr habt alle die düsteren finanziellen Aussichten im Finanzplan und Budget zur Kenntnis genommen. Unserer Meinung nach sind diese enormen zusätzlichen Kosten nicht vertretbar und da die inhaltlichen Konsequenzen auch den Interessen der Bevölkerung und der Gemeinde widersprechen, lehnen wir die Vorlage ab.**

**Beschluss der Fraktion: Wird das Mehrwertabgabe-Reglement angenommen, wird die SVP wahrscheinlich zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien das Referendum ergreifen.**

**Die SP wird einen Antrag stellen auf Erhöhung der Abgabe und Senkung der Freibetragsgrenze - Die SVP lehnt diesen Antrag ab.**

## 12 Polizeireglement der Stadt Nidau - Totalrevision

**Roland Rutishauser**

Im Wesentlichen wird das Polizeireglement der Stadt Nidau entrümpelt und Doppelspurigkeiten mit übergeordnetem Recht bereinigt, was zu begrüessen ist. Im Weiteren werden einige veraltete Bestimmungen der Realität angepasst. Dass nun beispielsweise auch 14 Jährige in den Sommerferien legal bis 22 Uhr draussen mit Freunden spielen dürfen, finden wir sinnvoll. Insgesamt bringt das neue Polizeireglement aber mässig viel und enthält nach wie vor viele Bestimmungen, die aus übergeordnetem Recht stammen. Sprich: "Bringts nüt, schadets nüt!"

Die SVP möchte jedoch einen Änderungsantrag einbringen und zwar betrifft dies Artikel 30 (Strafbestimmungen) und indirekt Artikel 11 (Parkieren auf öffentlichem Grund) und 12 (Campingverbot). Zwar hat der Gemeinderat recht, dass auch mit der neuen Gesetzgebung illegale Landbesetzungen von Fahrenden - LEIDER! - immer noch kaum innerhalb nützlicher Frist polizeilich aufgelöst werden können. Der Gemeinderat kann jedoch Bussen aussprechen und, wie erläutert, erlaubt das Gesetz den Gemeinden Bussen von bis zu 5'000 CHF auszusprechen. Das vorliegende Reglement legt jedoch 1'000 CHF als Obergrenze fest. Wir möchten diese Grenze auf 5'000 CHF erhöhen, damit der Gemeinderat grösstmögliche Handlungsfreiheit hat, bei schweren Verstössen auch grössere Bussen auszustellen, natürlich immer unter Beachtung des Verhältnismässigkeitsprinzips. Wir möchten den Gemeinderat im Tagesgeschäft nicht zu sehr einengen und verzichten daher auf höhere Bussen ausschliesslich für Artikel 12 sondern würden die Bussenobergrenze generell auf 5'000 CHF erhöhen. Im Endeffekt hätte der Gemeinderat dann die Möglichkeit, auch für schwere Verletzungen anderer Artikel höhere Bussen auszusprechen, beispielsweise bei illegalen Demonstrationen mit schweren Sachbeschädigungen oder notorischer Lärmbelästigung. Wie erläutert zeigt die Praxis, dass dies dann wohl selten der Fall sein wird, dennoch ist es gut zumindest die Möglichkeit zu haben, auch als abschreckendes Mittel.

Antrag Art. 30 Strafbestimmungen:

"Wer gegen die Artikel (...) dieses Reglements verstösst (...) kann mit Busse bis zu **CHF 5'000** bestraft werden.

**Annahme / Ablehnung je nach Ausgang Abstimmung Antrag.**

## 13 Fahrende auf dem Expo Areal - Berichterstattung

**Markus Baumann**

**Antrag auf Diskussion stellen**

Wie bereits vorhin in Traktandum 10 erwähnt, staunten wir bei der Aufarbeitung der Stadtratsunterlagen nicht schlecht. Da möchte der Nidauer Gemeinderat etwas gegen illegale Landbesetzungen unternehmen und setzt bei der Parkplatzsanierung Strandbad die exakt richtige Massnahme um, um das Problem zu lösen, nämlich eine Zufahrtsschranke für Wohnwagen für 8'161 CHF. Selbst die Stadt Biel setzt bauliche Massnahmen gegen illegale Landbesetzungen an diversen Stellen ein, zum Beispiel bei der Tissot-Arena mit grossen Betonblöcken, welche die Zufahrt zu diversen Strassen für Wohnwägen verunmöglichen. Und die

Massnahmen wirken tatsächlich Wunder! Beispielsweise beim Tennisweg zwischen Swisstennis und TC Biel, wo es in der Vergangenheit immer wieder zu illegalen Landbesetzungen, Auseinandersetzungen und Verschmutzungen gekommen ist, gab es das seither nicht mehr.

Mit grosser Verwunderung lesen wir daher, dass die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Biel ähnlich einfache, günstige und rasch realisierbare bauliche Massnahmen auf dem Nidauer Expoparkgelände ablehnt, da sie "erfahrungsgemäss" wirkungslos seien. Wir hegen den Verdacht, dass es der Stadt Biel gerade recht scheint, dass es bei uns in Nidau ja ein freistehendes Gelände gibt, wohin Fahrende kurzerhand umgeleitet werden können, damit sie nicht in der Stadt Biel illegal Land besetzen. Wir können die unter Absatz b) erwähnte "bisherige Erfahrung" des Gemeinderates so auch nicht stehen lassen. Anwohner haben bei der jüngsten "Besetzung" mehrfach reklamiert, dass etwa Jugendliche - wohl kaum über 12 Jahre alt - bis spät in die Nacht mit frisierten Töffli auf und um das Expo-Gelände herumgefahren sind und einen enormen Lärm verursacht haben. Aber vom Bieler Elfenbeinturm aus kann man natürlich einfach behaupten, dass alles tip-top läuft, unter den Konsequenzen müssen ja die Nidauer Anwohner leiden. (Die SVP Biel wird im Stadtparlament aktiv werden um abzuklären, ob dieses Verfahren System hat.)

Während dem Covid-Lockdown im Frühjahr wurden auf dem Expopark-Areal offenbar auch andere rechtliche Grundsätze angewendet, als im Rest der Schweiz. Während nämlich die Bevölkerung zwangsweise in den Lockdown versetzt wurden und Geschäfte schliessen mussten und viele nun um das finanzielle Überleben kämpfen, tummeln sich die Fahrenden auf dem Expopark-Areal ohne jegliche Covid-Bestimmungen einhalten zu müssen.

**Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

## 14 Abschreibungen und Fristverlängerung von Vorstössen - Sammelantrag

1. Das Postulat P 212 wird abgeschrieben.
2. Das Postulat P 197 wird abgeschrieben.
3. Für das Postulat P 202 wird eine Fristverlängerung gewährt, bis der Dialogprozess abgeschlossen und das weitere Vorgehen definiert ist.

## 15 Einfache Anfragen - Beantwortungen

Wird zur Kenntnis genommen.

---

### Für Rückfragen:

Leander Gabathuler, Fraktionspräsident, Stadtrat SVP Nidau  
info@svp-nidau.ch  
www.svp-nidau.ch